

Zwischen Sowjeterbe und Globalisierung: grundlegende Merkmale und aktuelle Tendenzen regionaler Entwicklungen in Russland

Perović, Jeronim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Perović, J. (2003). Zwischen Sowjeterbe und Globalisierung: grundlegende Merkmale und aktuelle Tendenzen regionaler Entwicklungen in Russland. *Europa Regional*, 11(2), 81-92. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48124-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Zwischen Sowjeterbe und Globalisierung: Grundlegende Merkmale und aktuelle Tendenzen regionaler Entwicklungen in Russland

JERONIM PEROVIĆ

Einleitung

Die Urteile über Russlands regionale Entwicklungen sind so vielfältig wie Russland selber. Dabei neigen westliche wie russländische Beobachter dazu, die regionalen Prozesse Russlands in Extremen wahrzunehmen und darzustellen. Während das Augenmerk in der Jelzin-Zeit auf der Gefahr des Separatismus lag und zu verschiedenen Zeitpunkten gar die Möglichkeit eines staatlichen Zerfalls des Landes diskutiert wurde, nahm man die regionale Problematik bei Amtsantritt von Wladimir Putin unter umgekehrten Vorzeichen wahr: Im Zentrum der Debatten stand nun nicht mehr die Frage des Zerfalls, sondern ob und inwieweit eine Rezentralisierung der Macht bis hin zu einer vollständigen Aufhebung regionaler Autonomie möglich sei. Dieser, auch von westlichen Medien eingestellte, einseitige Fokus auf die Möglichkeiten eines staatlichen Zerfalls beziehungsweise einer Zentralisierung nach sowjetischem Muster hat nicht nur zu einer verzerrten Wahrnehmung regionaler Prozesse in Russland geführt, sondern auch abgelenkt von der viel wichtigeren Frage, worum es sich beim Phänomen des Regionalismus letztlich handelt und von welchen Kräften der Prozess der Regionalisierung gesteuert wird.

So mannigfaltig die Untersuchungen zu den verschiedensten Aspekten des Regionalismus unterdessen sind, über das Gesamtphänomen scheint nach wie vor wenig Klarheit zu bestehen. Deutlich gemacht haben dies gerade auch die widersprüchlichen Beurteilungen der Anfang 2000 eingeleiteten föderalen Reformen Putins. Zunächst fiel auf, dass die meisten Beobachter nicht damit gerechnet hatten, dass Putin seine Reformvorhaben zur Stärkung der zentralstaatlichen Macht so problemlos gegen den Willen vieler Gouverneure und Republikpräsidenten würde durchsetzen

können. Von Putins schnellem Erfolg beeindruckt, prognostizierten dann einige Beobachter eine umfassende Zentralisierung der Macht und ein Zurückstutzen regionaler Autonomie auf ein Minimum (PETROV 2000). Schließlich aber mussten die Experten feststellen, dass die Veränderungen letztlich eher „atmosphärischer“ Natur waren (ORTUNG 2001a). Der Einfluss der Regionen in der nationalen Politik wurde zwar zurückgedrängt und das angeschlagene Ansehen des Zentrums weitgehend wiederhergestellt (ein Indiz dafür sind die relativ großen Erfolge bei der Vereinheitlichung des Rechtsraums). Doch zu einer umfassenden Rezentralisierung kam es nicht. Im Gegenteil ließ sich feststellen, dass das Pendel nach der Phase der Rezentralisierung des Jahres 2000 wieder nach der anderen Richtung auszuschlagen begann (GEL'MAN 2002).

Ein Grund für diese Unsicherheit in der Einschätzung der föderalen Reformen ist, dass die Ressourcen des Zentrums gemeinhin überschätzt, die Festigkeit der regionalen Arrangements hingegen unterschätzt wurden. Ausgehend von der unter westlichen Russlandexperten weit verbreiteten Ansicht, dass Russlands (formelle) politische Institutionen generell schwach seien, nahmen viele Beobachter bei Einleitung der Reformen zu Beginn des Jahres 2000 an, dem Machtwillen eines vom System des „Superpräsidentalismus“ begünstigten Staatsoberhauptes seien keine wirksamen Schranken gesetzt und das politische Geschehen sei dementsprechend durch die Machthaber im Kreml nahezu beliebig manipulierbar (LUCHTERHANDT 2000). Unterschätzt wurde dabei offensichtlich die Bedeutung informeller Institutionen und Netzwerke innerhalb der Regionen, welche das System des russländischen Föderalismus gegen den Angriff des Zentrums wirksam zu schützen ver-

mochten. Auch wenn es Putins geheimer Wunsch sein sollte, das Land wieder zentralistisch zu regieren – heute ist klar, dass dem Kreml Mittel und Möglichkeiten fehlen, das Geschehen in den einzelnen Territorien direkt und entscheidend zu beeinflussen.

Mit Putin ist nicht das Ende der Regionalisierung, sondern der Beginn einer neuen Regionalisierung eingeleitet worden. Putins Reformen haben das System der Föderationsbeziehungen nicht auf den Kopf gestellt. Es lässt sich aber beobachten, dass seit Putin eine Reihe von Entwicklungen in der regionalen Landschaft in Gang gekommen sind, die für die politischen Prozesse in Russland von einiger Tragweite sein könnten. Entsprechend stehen folgende Fragen im Zentrum dieses Beitrages: Von welchen Kräften wird der Regionalisierungsprozess in Russland angetrieben, welche Form von Regionalismus hat sich in Russland herausgebildet und welches sind seine spezifischen Merkmale? In welche Richtung bewegt sich dieser Prozess und welche Bedeutung haben die putinschen Reformen für den Verlauf der Regionalisierung?

Diese Arbeit begreift Regionalisierung als Teil des russländischen Transformationsprozesses, der einer zweifachen Herausforderung unterworfen ist: dem sowjetischen Erbe einerseits und den Einflüssen des internationalen und transnationalen Umfeldes andererseits (dazu SEGBERS 2001). In diesem Kräftefeld von Sowjeterbe und Globalisierung, dem die Akteure und Institutionen in Russland ausgesetzt sind, erfolgt die Organisation des russländischen Raumes, werden die Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen geformt und die Macht innerhalb der Regionen verteilt. Die Politik des Föderationszentrums kann diese oder jene Tendenz der Regionalisierung begünstigen, aber kaum di-

rekt und entscheidend darauf Einfluss nehmen.

Es wird argumentiert, dass die Formierung des Regionalismus in der Jelzin-Zeit im Rahmen der Demokratisierung und der Errichtung föderaler Strukturen erfolgte; gleichzeitig aber basierte das regionale System der 1990er Jahre noch weitgehend auf denselben Strukturen und wies dieselben Eigenschaften auf wie der in Sowjetzeiten herangewachsene „Regionalismus“. Dieser zeichnet sich aus durch ein in hohem Masse informelles und personalisiertes System von Macht- und Austauschbeziehungen zwischen den Akteuren des Zentrums und den einzelnen territorialen Einheiten einerseits und ein auf Machtmonopolisierung angelegtes politisches System innerhalb der Regionen andererseits. In diesem Zusammenhang ist die eigentliche Bedeutung der putinschen föderalen Reformen darin zu sehen, dass eine Reihe von Mängeln dieses im Kern sowjetischen Systems offen gelegt und angefochten wurde.

Somit lassen sich die putinschen föderalen Reformen – etwa die Bestrebungen zur Zurückdrängung des regionalen Einflusses in der nationalen Politik oder die Bemühungen um eine Harmonisierung des russländischen Rechtsraumes – nicht nur als eine rein administrative Maßnahme zur Stärkung der zentralstaatlichen Macht und Kontrolle und zur besseren Regierbarkeit Russlands lesen, sondern auch als Versuch, dieses regionale System, das als hinderlich für Russlands Modernisierung empfunden wird, zu beseitigen, um damit die Bedingungen für Russlands Integration in globalwirtschaftliche Strukturen und Zusammenhänge zu verbessern. Dass Russland in diese Richtung steuert, wird unterstützt von so vielfältigen Entwicklungen wie der Pluralisierung der regionalen Akteurslandschaft, der Stärkung der lokalen Selbstverwaltung oder dem Vordringen nationaler Großunternehmen in die russländischen Regionen – Entwicklungen, die allerdings eher Begleiterscheinungen denn eigentliche Ziele der putinschen föderalen Reformen darstellen.

Region, Regionalismus, Regionalisierung

Eine Annäherung an den Begriff des Regionalismus setzt die Klärung des

komplexen Terminus „Region“ voraus. Der russische Terminus *region* ist ungenau und kann sich beliebig auf jede geographische Einheit vom Dorf bis auf ganze Erdteile beziehen. Die von Präsident Boris Jelzin am 3. Juni 1996 als Ukas verabschiedeten „Grundlagen der Regionalpolitik der Russländischen Föderation“ definieren den Begriff Region als einen „Teil des Territoriums der Russländischen Föderation, der sich durch gemeinsame landesnatürliche, sozioökonomische, national-kulturelle und andere Merkmale auszeichnet. Eine Region kann mit den Grenzen des Territoriums eines Subjektes der Russländischen Föderation zusammenfallen oder mehrere Territorien von Subjekten der Russländischen Föderation umfassen“ (Osnownyje poloshenija 1996).

In der wissenschaftlichen Literatur wird zudem auf die subjektiv-gesellschaftliche Komponente der Begriffs-

bestimmung hingewiesen. Entscheidend ist, dass die Region nicht nur einen begrenzten Teil der Erdoberfläche darstellt, sondern mit durch gesellschaftliche Phänomene konstituiert wird, die neben anderen auch eine räumliche Dimension haben. Eine Region zeichnet sich somit nicht zuletzt durch das Bewusstsein der Bevölkerung oder von Teilen der Bevölkerung aus, einer regionalen Gemeinschaft anzugehören (BLOTEVOGEL 1996). In diesem Beitrag wird, falls nicht anders vermerkt, unter

¹ Die 89 „Subjekte der Russländischen Föderation“ werden gemäß der Russländischen Verfassung vom 12. Dezember 1993 unterteilt in: 21 Republiken (*respubliki*), sechs Verwaltungsregionen (*kraja*), 41 Verwaltungsgebiete (*oblasti*), zwei Städte von föderalem Rang (*goroda federalnowo znatschenija*) sowie zehn Autonome Bezirke (*awtonomnye okruga*) und ein Autonomes Gebiet (*awtonomnaja oblast*). Im Text halte ich mich bei der Bezeichnung der Regionen an folgende Schreibweise: Republik; Krai (Plural: Kraja); Oblast (Plural: Oblasti), Autonomer Bezirk; Autonomes Gebiet.

Die 89 Föderationssubjekte, gruppiert nach den elf Wirtschaftsregionen:

<i>Norden</i>			
1 Oblast Archangelsk	34 Republik Dagestan	62 Oblast Kemerowo	
2 Autonomer Bezirk der Nenzen	35 Inguschische Republik (Inguschetien)	63 Oblast Nowosibirsk	
3 Oblast Murmansk	36 Kabardino-Balkarische Republik	64 Oblast Omsk	
4 Oblast Wologda	37 Karatschaisch-Tscherkessische Republik	65 Oblast Tjumen	
5 Republik Karelien	38 Republik Nordossetien	66 Autonomer Bezirk der Jammal-Nenzen	
6 Republik Komi	40 Tschetschenische Republik	67 Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen	
<i>Nordwesten</i>			
7 St. Petersburg	<i>Wolgagebiet</i>		
8 Oblast Leningrad	40 Oblast Astrachan	<i>Ostsibirien</i>	
9 Oblast Nowgorod	41 Oblast Pensa	70 Krai Krasnojarsk	
10 Oblast Pskow	42 Oblast Samara	71 Taimyrischer (Dolgano-Nenzischer) Autonomer Bezirk	
11 Oblast Kaliningrad	43 Oblast Saratow	72 Autonomer Bezirk der Ewenken	
<i>Zentrum</i>			
12 Stadt Moskau	44 Oblast Uljanowsk	73 Oblast Irkutsk	
13 Oblast Brjansk	45 Oblast Wolgograd	74 Autonomer Bezirk der Ust-Ordnyer Burjatien	
14 Oblast Iwanowo	46 Republik Kalmykien (Halmg Tangtsch)	75 Oblast Tschita	
15 Oblast Jaroslawl	47 Republik Tatarstan (Tatarstan)	76 Autonomer Bezirk der Aginer Burjaten	
16 Oblast Kaluga	<i>Wolga-Wjatka</i>		
17 Oblast Kostroma	48 Oblast Kirow	77 Republik Burjatien	
18 Oblast Moskau	49 Oblast Nischni Nowgorod	78 Republik Tuwa	
19 Oblast Orjol	50 Republik Mari El	79 Republik Chakassien	
20 Oblast Rjasan	51 Republik Mordwinien	<i>Ferner Osten</i>	
21 Oblast Smolensk	52 Republik Tschuwaschien	80 Krai Chabarowsk	
22 Oblast Tula	<i>Ural</i>		
23 Oblast Twer	53 Oblast Kurgan	81 Krai Primorje	
24 Oblast Wladimir	54 Oblast Orenburg	82 Oblast Amur	
<i>Zentrales Schwarzerdegebiet</i>			
25 Oblast Belgorod	55 Oblast Perm	83 Oblast Kamtschatka	
26 Oblast Kursk	56 Autonomer Bezirk der Komi-Permjakien	84 Autonomer Bezirk der Korjaken	
27 Oblast Lipezk	57 Oblast Swerdlowsk	85 Oblast Magadan	
28 Oblast Tambow	58 Oblast Tscheljabinsk	86 Autonomer Bezirk der Tschuktschen	
29 Oblast Woronesch	59 Republik Baschkortostan (Baschkirien)	87 Oblast Sachalin	
<i>Nordkaukasus</i>			
30 Krai Krasnodar	60 Udmurtische Republik	88 Republik Sacha (Jakutien)	
31 Krai Stawropol	<i>Westsibirien</i>		
32 Oblast Rostow am Don	61 Oblast Altai	89 Jüdisches Autonomes Gebiet	
33 Republik Adygien (Adygien)			

Tab. 1: Die 89 Föderationssubjekte, gruppiert nach den elf Wirtschaftsregionen

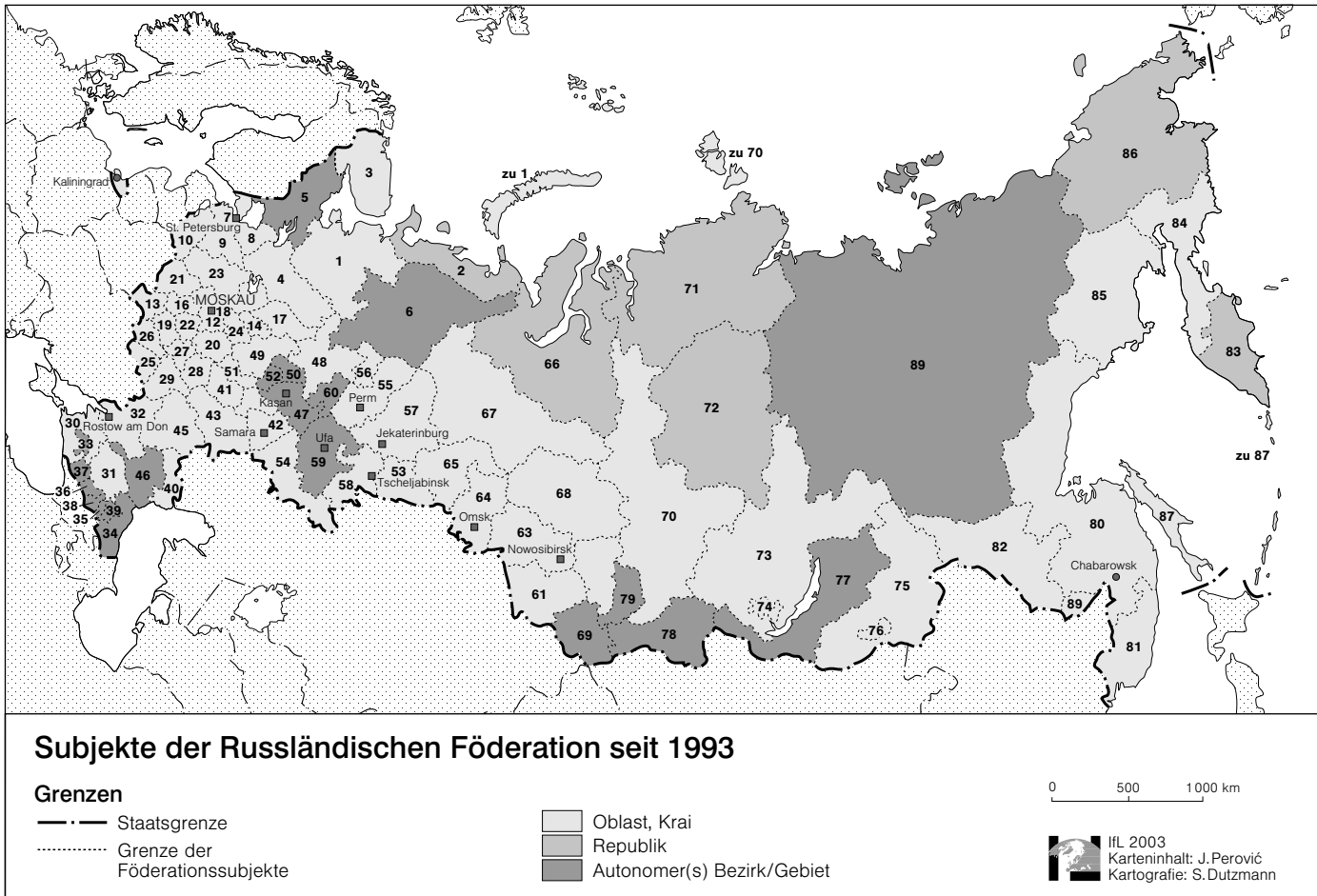


Abb. 1: Die Russländische Föderation und ihre Subjekte

einer Region eine der 89 administrativen Einheiten der Russländischen Föderation – der so genannten Subjekte der Russländischen Föderation – verstanden (Tab. 1, Abb. 1).¹

Genauso wie es keine endgültige Klarheit darüber gibt, was unter dem Begriff der Region zu verstehen ist, besteht in der wissenschaftlichen Literatur auch keine einheitliche Definition von Regionalismus. Der Begriff ist stark praxisbezogen und wird von den jeweiligen sozialen Kräften definiert. Regionalismus kann somit nicht in seiner Gesamtheit, sondern muss immer an einem spezifischen Einzelfall – in diesem Fall Russland – betrachtet werden. Verallgemeinert können unter Regionalismus alle politisch relevanten Bewegungen und Handlungsweisen verstanden werden, die aus den spezifischen Interessen der Bevölkerung oder der Bevölkerungsschichten einer Region hervorgehen, wobei die Region als weitgehend homogener Bestandteil eines politischen Machtbereichs den Bezugsrahmen bildet (nach GOEHRKE 1978, S. 78 - 82).

In der fachwissenschaftlichen Literatur verschwimmen oft die Grenzen zwischen Regionalismus und Regionalisierung. Während Regionalismus eine politische *Bewegung* bezeichnet, die ohne gesellschaftliche Trägergruppen nicht denkbar wäre, so wird mit dem Begriff der Regionalisierung ein *Prozess* beschrieben. Ganz allgemein meint Regionalisierung die Machtverschiebungen, die sich durch die Verlagerung von Zuständigkeiten und Kompetenzen zwischen den verschiedenen politisch und territorial voneinander abgegrenzten Machtbereichen ergeben.

Sowjeterbe und Regionalisierung

Um die regionalen Prozesse der 1990er Jahre zu verstehen, bedarf es einer Erklärung regionaler Prozesse in der späteren Sowjetzeit. Einen fruchtbaren Ansatz, um die Entstehung der Region unter den Bedingungen totalitärer Strukturen zu erfassen, bietet die Anfang der 1990er Jahre in Verbindung von ökonomischer Theorie und Politikwissenschaft entstandene Vorstellung des Sowjetsystems als eines

„administrativen Marktes“ (KORDONSKII 1995; NAISHUL' 1991). Der administrative Markt beschreibt einen Interaktionsraum, in dem zwischen Organisationen und Individuen verschiedener Ebenen ein Handel um die Verteilung von materiellen wie nicht-materiellen Gütern und Dienstleistungen stattfindet. Der Kampf um die Verteilung von Ressourcen manifestierte sich in der Sowjetunion sowohl vertikal in den Beziehungen zwischen den staatlichen Ebenen als auch auf horizontaler Ebene unter den verschiedenen regionalen und lokalen Institutionen (worunter sowohl staatliche Organe als auch die Partei- oder Wirtschaftsstrukturen einer Region fallen).

Die zunehmende Schwäche des extensiven sowjetischen Entwicklungsmodells hatte zur Folge, dass die Regionen immer mehr in die Rolle von eigenständigen Einheiten hineinwuchsen, welche die eigenen regionalen Bedürfnisse in den Vordergrund stellten – eine Entwicklung, die bereits in den späten 1960er Jahren einsetzte. Um den Anforderungen einer diversi-

fizierten Wirtschaft genügen zu können, waren die Einheiten auf der subnationalen Ebene genötigt, selber Planziele zu definieren und an die nächsthöhere Hierarchiestufe weiterzuleiten. Von dort kamen sie als Produktions- und Entwicklungsanordnungen zurück. Das gleiche galt für Betriebe, die Material und Ressourcen anforderten. Insgesamt nahm die Zahl der von der Zentrale dekretierten Planvorgaben zugunsten von solchen ab, die von den unteren Ebenen zuhanden der administrativen Hierarchie formuliert wurden. Die Regionen traten vermehrt mit konkreten politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Forderungen an das Zentrum heran. Die Interaktion zwischen Zentrum und Regionen wurde immer mehr durch das Aushandeln der Verteilung von Macht und Ressourcen bestimmt (MÜLLER 1997).

Den grundsätzlichen Bedeutungszuwachs der Region als eines Akteurs im Rahmen des administrativen Marktes konnten auch Breschnews Rezentralisierungsmaßnahmen nicht verhindern. Lobbying und Handel wurden zu festen Bestandteilen der Beziehung zwischen dem Zentrum und den subnationalen Einheiten. Die Regionen versuchten über die Kanäle der für die Regionalpolitik zuständigen Ministerien oder über direkte persönliche Verbindungen zu den Zentren der Macht die Verteilung von Ressourcen (von direkten Investitionen, Steuer- und Güterverteilungen, Entwicklungsprogrammen etc.) zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Entsprechend der Praxis dieses „bürokratischen Handels“ zwischen den Akteuren in den Regionen und im Zentrum bot die sowjetische Regionalpolitik ein Bild der Willkür und der Unausgewogenheit. Die beiden wichtigsten Ziele der sowjetischen Regionalpolitik – die Maximierung des wirtschaftlichen Wachstums und die Nivellierung des großen wirtschaftlichen Gefälles zwischen den Regionen – ließen sich nur schwer miteinander vereinbaren. In der Praxis wurden jene Regionen privilegiert behandelt, in denen sich strategisch wichtige Wirtschaftszweige und große natürliche Ressourcen befanden.

Im System des administrativen Marktes kam den regionalen Eliten ein besonderer Stellenwert zu. Bereits

in der Ära Breschnew (1964 - 1982) setzte der Prozess des Übergangs der Sowjetgesellschaft von der „totalitären zur segmentierten Elite“ ein (LAPINA 1997a, S. 6). Die Politik Breschnews war maßgeblich auf den Erhalt des Bestehenden und die Stabilität des Systems angelegt. In der Personalpolitik drückte sich dies darin aus, dass die ersten Parteisekretäre einer Region, waren sie einmal ernannt, meist jahrzehntelang auf ihren Posten blieben. Solange sie sich gegenüber dem Zentrum loyal zeigten und solange die Vorgaben der Zentralpartei etwa hinsichtlich der nominalen Erfüllung des Wirtschaftsplanes befolgt wurden, gewährte ihnen das Zentrum weitgehend freie Hand bei der Gestaltung der Politik in ihrer Region. Diese Praxis führte dazu, dass sich die regionalen Führungen immer mehr mit den Anliegen ihrer Region identifizierten und ihren persönlichen Aufstieg mit demjenigen ihrer Region verknüpften.

In der Praxis konzentrierte sich die Macht auf wenige Mitglieder einer regionalen Nomenklatura, die sich aus hohen Vertretern der Partei und des Exekutivkomitees der lokalen Sowjets zusammensetzte. Daneben umfasste die Elite einer Region auch die Gruppe der zum Teil einflussreichen regionalen Industriemanager. Diese waren nominell zwar meist nicht der regionalen Führung, sondern der Zentrale unterstellt (STONER-WEISS 1997, S. 37 - 40). Da die regionale Führung jedoch für die Planerfüllung der jeweiligen Branchen auf ihrem Territorium verantwortlich war, griff sie oft kontrollierend in die Tätigkeit der regionalen Wirtschaftsbranchen ein (KIRKOW 1998, S. 40).

Die regionale Elite bildete eine mächtige Lobby, die sich allerdings nie als geschlossene Einheit formierte. Jeder regionale Führer sah seine vorrangige Aufgabe darin, möglichst große Ressourcen und Mittel für seine Region zugesprochen zu bekommen und seine Position innerhalb seines Territoriums zu festigen. Dabei hing der Erfolg vor allem von den Möglichkeiten der direkten, persönlichen Einflussnahme regionaler Vertreter auf die Moskauer Parteizentrale ab. Am meisten Einfluss innerhalb der Russländischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) hatten

die beiden Millionenstädte Moskau und Leningrad und die für die Militärproduktion strategisch wichtigen Gebiete im Ural. Auch die Regionen mit von hohen Moskauer Entscheidungsträgern bevorzugten Sommerkurorten – etwa die Krim oder der Nordkaukasus – waren dank der besonderen Zentrumsnähe privilegiert (LAPINA 1997b, S. 8).

Erst die Reformen Gorbatschows und insbesondere die von ihm verordneten und 1990 durchgeführten Wahlen in die Sowjets auf allen staatlichen Ebenen verhalfen der Region zum Durchbruch. Der verdeckte Prozess der Regionalisierung schlug nun in einen offenen um. Die ersten freien und offenen Wahlen in der Geschichte des Landes führten dazu, dass das Machtmonopol der Kommunistischen Partei beendet und die faktisch wichtigste Verbindung zwischen dem Zentrum und den Regionen, die Kommandostruktur der Partei, durchbrochen wurde. Somit ist die große geschichtliche Neuheit gegenüber früheren Entwicklungen nicht der Regionalismus an sich, sondern die Tatsache, dass der Regionalismus in Russland Anfang der 1990er Jahre erstmals durch Wahlen demokratisch legitimiert wurde. Regionalismus erhielt allerdings nur der Form nach demokratische Legitimität. In der Substanz blieb Russlands Regionalismus sowjetisch, sowohl was die praktische Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen den Akteuren im Zentrum und in den Regionen als auch was die Organisation der Macht innerhalb der einzelnen Regionen anging.

Globalisierung und Regionalisierung

Globalisierung und Regionalisierung charakterisieren die beiden wichtigsten Trends, denen die Staatenwelt gegenwärtig ausgesetzt ist. Globalisierung beschreibt eine beschleunigte weltweite wirtschaftliche, politische und kulturelle Verflechtung, und es wird davon ausgegangen, dass durch sie das Streben subnationaler Einheiten und Gemeinschaften begünstigt wird, ihre Geschicke selber in die Hand zu nehmen. Damit impliziert die Teilnahme eines Landes an Globalisierungsprozessen nicht nur ein Mindestmaß an lokaler Autonomie und politischem Mitspracherecht, sondern auch einen bestimmten Grad gesell-

schaftlicher Pluralisierung. Diese beiden Kräfte, so die gängige Meinung in der wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema, sind es, welche in Zukunft internationale Handelsströme und Kapitalflüsse, den Prozess der Dezentralisierung oder die Entwicklung und Funktionsbestimmung von Städten nachhaltig beeinflussen werden. Entsprechend gehört die Zukunft jenen Staaten, die es verstehen, lokal-spezifische Bedingungen an internationale Anforderungen anzupassen (vgl. World Development Report 2000).

Obwohl die Wirtschaft die treibende Kraft der Globalisierung ist, verliert Politik damit nicht an Bedeutung. Sie wird im Gegenteil wichtiger. Die zentrale Frage, die sich im Zeitalter der so genannten „Glokalisierung“ stellt, ist eine politische und lautet: Wie kann es gelingen, mobile Fachkräfte oder wertschöpfende Geschäftsaktivitäten anzuziehen und mit ihnen zusammen eine möglichst hohe eigene Produktivität zu erreichen. Es geht darum, die politische Handlungsfähigkeit der zentralen Akteure, d. h. des (National-)Staates wie der subnationalen Einheiten, zu erhöhen. Die immobilen Bewohner von lokalen Agglomerationen müssen über genügend politische Autonomie verfügen, um im Wettbewerb mit anderen Standorten die Rahmenbedingungen so gestalten zu können, dass sie zumindest für gewisse mobile Faktoren besonders attraktiv sind. Dabei spielen herkömmliche Attribute wie Einwohnerzahl, Größe des Territoriums, natürliche Ressourcen oder militärische Macht eine immer weniger bedeutsame Rolle. Wichtiger wird die Fähigkeit, erfolgreich am Wettbewerb um globale Märkte und Informationstechnologien teilnehmen zu können. Verschiedene Beispiele von Kleinststaaten (etwa Luxemburg und Singapur) haben bereits bewiesen, dass traditionelle Größe nicht notwendigerweise entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg ist (OHMAE 1995, S. 79 - 100).

Unter dem Eindruck einer rasanten Zunahme ökonomischer Interdependenz ist der Staat einem enormen Anpassungsdruck ausgesetzt und dazu angehalten, sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen. Die Auflösung beziehungsweise zunehmende Durchlässigkeit bestehender Grenzen und der Verlust des staatlichen Monopols

bedeuten nicht das Ende des Staates, sondern die Veränderung seiner Funktionen und der Bedingungen, unter denen er handelt. In den etablierten Demokratien des Westens wird der Staat heute von seinen Bürgern und der Wirtschaft mehr und mehr als Dienstleistungsträger betrachtet. Die Legitimität des Staates und seiner Politik leitet sich ab aus seiner Funktion als Anbieter von öffentlichen Gütern wie Recht, Bildung, Wohlfahrt, Sicherheit und nicht zuletzt aus seiner Funktion als Verhandlungseinheit und Interessenvertreter in einem globalen Kommunikationszusammenhang (ROSECRANCE 1999).

Während in Westeuropa die Debatte um Formen und Probleme der Integration von Staaten in supranationale Strukturen geführt wird, steht in den Staaten des postsowjetischen Raumes – und damit auch in Russland – die Frage im Zentrum, wie den Konsequenzen der globalen Veränderungen nach 1991 begegnet werden soll. Praktisch während der gesamten 1990er Jahre war Russland den Kräften der Globalisierung und Regionalisierung ausgesetzt, ohne dass die zentralstaatliche Politik große Möglichkeiten gehabt hätte, diese Prozesse aktiv zu beeinflussen und zu steuern. Russlands Politik war auf Schadensbegrenzung angelegt. Im Falle der Globalisierung, das heißt der Öffnung der Märkte, war Russland angehalten, den wachsenden Schaden für seine Industrieproduktion so gut es ging aufzufangen; im Falle der Regionalisierung musste das schlimmste Szenario, der Zerfall des Landes, verhindert werden. Russland wollte sich den Kräften der Globalisierung zu keinem Zeitpunkt entziehen und hat die Notwendigkeit von Reformen und der globalen Integration anerkannt. Angesichts wirtschaftlichen Niederganges und politischer Zerrüttungen in den 1990er Jahre hat die Globalisierungserfahrung bei vielen Russländern allerdings einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen.

Im Kern stellte sich der russländische Regionalismus vor allem als eine Reaktion auf den Mangel an zentralstaatlichen Steuerungsmechanismen der 1990er Jahre dar. Regionalismus war der Versuch, das Machtvakuum im Zentrum durch Initiativen an der Peripherie auszugleichen, um so die

Situation in den Territorien zu stabilisieren. Im Vordergrund standen von Anfang an das Bestreben der regionalen Eliten, die gebietseigenen Ressourcen zu kontrollieren, und ihre Forderung, Entscheidungen im Bereich der Wirtschaftspolitik autonom und im Sinne der regionalen Interessen treffen zu können. Daraus leitete sich der regionale Anspruch auf mehr politische Autonomie und eine weitergehende Föderalisierung der Beziehungen zwischen Zentrum und Region ab. Dieser Regionalismus hat dazu beigetragen, dass Russland die schwierigen Jahre der Krise überstand. Dies ist denn auch zweifellos seine größte Leistung.

Als Übergangslösung hatte Russlands Regionalismus, in der Form, wie er sich unter Jelzin etablierte, sicherlich seine Berechtigung. Längerfristig aber ließ sich dieses System nicht mit den Anforderungen einer weitergehenden Modernisierung und einer globalwirtschaftlichen Integration Russlands vereinbaren. Im Kern folgte der Verlauf der Regionalisierung in den 1990er Jahren nicht einer wirtschaftlichen Logik der Globalisierung; die Arrangements zwischen Zentrum und Regionen und die Ausgestaltung der Politik innerhalb der einzelnen Regionen standen in sowjetischen Traditionen und entsprachen der machtpolitischen Situation, wie sie sich Anfang der 1990er Jahre in Russland eingestellt hatte.

Die regionalen Eliten, die Anfang der 1990er Jahre an die Macht gelangt waren, ließen sich beim Aufbau und bei der Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen von einer traditionellen Vorstellung von Souveränität leiten. Damit verbunden war das Streben nach möglichst absoluter und unteilbarer Autorität über Ressourcen und Bevölkerung innerhalb eines klar definierten Territoriums. Dies ging so weit, dass viele Regionen – allen voran die ethnisch definierten Republiken – ihre „Staatlichkeit“ durch eine besondere Symbolik (Fahnen, Verfassung, Einführung von „Staatsbürgerschaft“ und „Staatsprache“) unterstrichen und darüber hinaus auch damit begannen, an den Außengrenzen ihrer Territorien Zahlungs- und Handelsbarrieren zu errichten, um den eigenen Markt abzuschotten. Zentrale Konzepte wie „Ter-

ritorialität“ oder „Souveränität“, die den herkömmlichen Staat kennzeichnen, jedoch im Zuge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Globalisierungsprozesse an Bedeutung verloren haben, waren für viele subnationale Einheiten Russlands auch im Zeitalter der Globalisierung von größter Aktualität (PEROVIC 2001, S. 117 - 123, 207 - 265).

Es war klar, dass eine solche Entwicklung die Gefahr des Separatismus in sich trug und für die regionale wirtschaftliche Entwicklung negative Folgen haben würde. Gerade um der Gefahr des Regionalismus vorzubeugen, waren die Regionen der RSFSR nicht als selbständig funktionierende wirtschaftliche Einheiten konzipiert worden. Im Gegenteil wurde damals versucht, jeder Region eine spezifische Funktion im volkswirtschaftlichen Komplex der Sowjetunion zuzuteilen. Ausschlaggebend für die Unterscheidung der einzelnen Regionen waren deren Funktion und Errungenschaften im System. Entsprechend erhielten bestimmte Regionen Attribute, die ihren wirtschaftlichen Leistungen entsprachen. So wurde vom „landwirtschaftlichen Orjol“, dem „textilverarbeitenden Iwanowo“, dem „industriellen Leningrad“ oder dem „ölverarbeitenden Tjumen“ gesprochen (MAKPOL et al. 1998, S. 13 - 14). Nach dem Zusammenbruch des einheitlichen wirtschaftlichen Raumes zerfiel dieses auf regionaler Arbeitsteilung basierende System. Das wiederum brachte eine Reihe von Regionen in eine schwierige Situation, da sie aufgrund einer einseitigen wirtschaftlichen Branchenstruktur stark auf die gesamtstaatliche wirtschaftliche Infrastruktur angewiesen waren. Gegenwärtig verfügt etwa ein Dutzend Regionen über eine relativ günstige wirtschaftliche Struktur und ein gewisses Exportpotenzial, das ihnen ermöglicht, sich als eigenständige wirtschaftliche Einheiten im nationalen und international Umfeld zu behaupten.²

Das zentrale Merkmal der wirtschaftlichen Globalisierungsprozesse innerhalb Russlands war, dass sie ungleich verliefen, da sich nur ein kleiner Teil der Regionen in die Weltwirtschaft integrieren konnte. Der Globalisierungsprozess hat die sozioökonomische Differenzierung enorm

beschleunigt, und Russland ist wohl eines der illustrativsten Beispiele für eine ungleich verlaufende Globalisierung (*uneven globalization*). Nicht nur im Bereich der außenwirtschaftlichen Verflechtungen, auch bezüglich des Verlaufs der Demokratisierung, der Ausgestaltung des Rechts oder der marktwirtschaftlichen Strukturen lassen sich unterschiedliche Entwicklungen beobachten (GEL'MAN et al. 2000).

Die Ungleichheit der regionalen Entwicklungen spiegelte sich auch in einem von Widersprüchen gekennzeichneten, asymmetrischen System föderaler Beziehungen zwischen dem Zentrum und einzelnen Regionen. Das Zentrum sah sich angesichts seiner Schwäche genötigt, diejenigen Regionen vorteilhaft zu behandeln, die über ein großes wirtschaftliches Potenzial (als Rohstoffgebiete) verfügten oder eine wichtige politische oder geostrategische Bedeutung für das Land hatten. Diese Politik untergrub zwar den einheitlichen Wirtschafts- und Rechtsraum und trug damit maßgeblich zur Verschärfung der regionalen Ungleichgewichte bei. Gleichzeitig ließ sich dadurch aber die Einheit des Landes in der schwierigen Übergangsphase bewahren. Ausdrucksform dieser Politik sind die bilateralen Verträge, die das Zentrum bis Mitte der 1990er Jahre mit über der Hälfte der Föderationssubjekte abgeschlossen hatte und in denen im Einzelnen Macht und Kompetenzen unter den beiden Seiten aufgeteilt wurden.

Die Schwäche des jelzinschen regionalen Systems

Wie eine 2001 erschienene Studie des Zentrums für Strategische Studien des Föderalen Bezirks Wolga in Nischni Nowgorod mit dem Titel „An der Schwelle einer neuen Regionalisierung Russlands“ darlegt, kann die Krise des Regionalismus Ende der 1990er Jahre nicht zuletzt auch als Niederlage dieses auf ein starres Souveränitätsprinzip bezogenen regionalen Systems gegenüber den mobileren und über regionale und nationale Grenzen agierenden Akteuren aus

der Wirtschafts- und Finanzwelt begriffen werden. Während letztere es verstanden, sich den Bedingungen einer sich schnell verändernden Umwelt anzupassen, orientierte sich die regionale Politik lediglich an Ausbau und Festigung der Macht innerhalb der Grenzen des Föderationssubjektes. In diesem Sinne betrieben die regionalen Amtsinhaber eine Wirtschaftspolitik, die wohl ihre Position innerhalb der Region stärkte, den längerfristigen Interessen der Region jedoch kaum Rechnung trug. Diese Defizite traten deutlich während der Augustkrise von 1998 zutage, als viele Regionen den Bankrott erklären mussten (Zentr Strategischeskich Issledowani 2001).

Dass dieses regionale System, basierend auf 89 relativ autonomen Einheiten, nicht nur schwierig zu kontrollieren, sondern auch wirtschaftlich wenig effizient war, wurde bereits vor Putin erkannt. Alle Versuche der Jelzin-Zeit, das regionale System durch zentralstaatliche Maßnahmen, das heißt „von oben“, zu verändern, schlugen allerdings fehl. Besonders unter westlichen Beobachtern war in den 1990er Jahren von der Möglichkeit die Rede, dass Russland sich selber, das heißt „von unten“, regulieren könnte. Diese Ansicht entsprang der Tendenz, den russländischen Regionalismus als Ausdruck eines Demokratisierungsprozesses und damit *a priori* als etwas grundsätzlich Positives zu begreifen. Damit wurde das Phänomen nicht nur in einem schiefen Licht wahrgenommen; auch wurde die Bedeutung des Regionalismus als integrative politische Kraft mit einem nationalen Ausstrahlungspotenzial weit überschätzt.

Nicht selten war seinerzeit von außenstehenden Betrachtern die Meinung zu hören, dass von den Anfang 1990 geschaffenen acht „Zwischenregionalen Assoziationen der Wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ Impulse für eine föderale Neugestaltung Russlands ausgehen könnten. Das Koalitionspotenzial der Assoziationen erwies sich jedoch als sehr niedrig. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass es im

² Dies kann statistisch mit dem Hinweis zum Ausdruck gebracht werden, dass die zehn exportstärksten Regionen im Jahr 1998 für 53,5 Milliarden US-Dollar oder über 60 % des gesamten russländischen Aussenhandels aufkamen. Dabei machten allein die Stadt Moskau und die Oblast Tjumen 40 % dieses Anteiles aus. Danach folgten, in der Reihenfolge des Exportvolumens, der Krai Krasnojarsk, die Oblast Swerdlowsk, Irkutsk, Kemerowo, Samara, Tscheljabinsk, die Republik Tatarstan und die Oblast Perm.



Abb. 2: Die sieben föderalen Bezirke mit ihren Hauptstädten

neuen Russland nach 1991 nicht nur an einer Tradition interregionaler Zusammenarbeit, sondern auch an Strukturen fehlte, die eine solche ermöglicht hätten. Anstatt solche Strukturen zu errichten, nutzten die regionalen Führungen die Assoziationen in erster Linie dazu, ihre individuellen Interessen gegenüber dem Föderationszentrum durchzusetzen. Der Bilateralismus der Zentrum-Peripherie-Beziehung und die Konzentration der Regionen auf Partikularinteressen überwogen in der Jelzin-Zeit das Kollektivverhalten. Schließlich war auch das Zentrum skeptisch gegenüber der Bildung regionaler politischer Allianzen, da es darin ein Sezessionspotenzial sah (HEINEMANN-GRÜDER 2000a, S. 345 - 358).

Putins rasche Anfangserfolge bei der Durchführung der föderalen Reformen lassen sich gerade damit erklären, dass die erwähnten Defizite des Regionalismus – die Machtmonopolisierung innerhalb des Föderationssubjektes und die Orientierung der Region am Föderationszentrum als der wichtigsten Referenzgröße – die

genannten positiven Aspekte des horizontalen Ausgreifens überwogen. Letztlich war es der fehlende Koalitionswille unter den Regionen, der dazu beitrug, dass die Kremlführung bei der Umsetzung ihres Reformvorhabens nicht auf mehr Widerstand seitens der Regionen stieß. Der Kreml hatte es nicht mit einer geeinten regionalen Kraft, sondern mit einem in hohem Masse zersplitterten politischen Phänomen zu tun. Das Zentrum blieb trotz seiner Schwäche und limitierten Ressourcen immer der wichtigste Bezugspunkt für alle – arme wie reiche – Regionen. Damit vergaben die Regionen aber auch die Chance zu einem föderalen Umbau des Staates „von unten“ und überließen die Initiative zur Umgestaltung Russlands dem Zentrum.

Ziele und Dilemmas der Regionalpolitik unter Putin

Am 13. Mai 2000 führte Putin per Dekret die sieben föderalen Bezirke als neues Verwaltungselement ein (Abb. 2). Putin versteht die föderalen Bezirke, die von je einem Präsiden-

tenvertreter verwaltet werden, nicht als „Zusammenlegung (*ukrupnenije*) der Regionen“, sondern als „Vergrößerung der Strukturen der präsidentialen Vertikale in den Territorien“ und als Mittel zur „Steigerung der Effektivität der Machtausübung“ (PUTIN 2000). Gleichzeitig mit der Einführung der föderalen Bezirke verabschiedete die Duma im Sommer ein Paket von drei Gesetzen, die darauf angelegt waren, die Machtstellung der Gouverneure und Republikpräsidenten zu beschneiden und deren Einfluss auf die nationale Politik zu schmälern (BUSYGINA 2001). Parallel dazu ist eine Reihe von Gesetzen in Vorbereitung oder bereits verabschiedet, die ebenfalls darauf zielen, die Position des Zentrums gegenüber den Regionen zu stärken (verabschiedet ist unterdessen ein neues Steuergesetz; in Vorbereitung ist ein Gesetz zur Stärkung der lokalen Selbstverwaltung).

Welche Absicht verbirgt sich hinter den Rezentralisierungsmaßnahmen Putins? In der Debatte, die darüber im Frühsommer 2000 entbrannte, fand Putin sowohl Kritiker als auch Befür-

worter. Während einige in den Reformen eine Rückkehr zu sowjetähnlichen Zuständen einer zentralistischen und autoritären Verwaltung des Landes sahen, erkannten andere darin eine Überwindung der Defizite des Föderalismus. Wie Andreas HEINEMANN-GRÜDER treffend bemerkt, war und ist die Bewertung der putinschen Reformen eine Frage des jeweiligen Standpunkts. Der Vorwurf des Autoritarismus wird von jenen erhoben, die einen demokratischen Maßstab anlegen; positiv fällt die Bewertung aus, wenn davon ausgegangen wird, dass die staatliche Handlungsfähigkeit und die Rechtssicherheit zugenommen haben (HEINEMANN-GRÜDER 2000b).

Putin selber will seine Initiativen nicht als Änderung oder gar Schwächung, sondern als Stärkung des in der Verfassung verankerten Prinzips des Föderalismus verstanden wissen. Wladimir Putin und sein Team von Reformern betonten immer wieder, dass sie vor allem das ungestörte Funktionieren des freien Marktes anstreben und diejenigen Barrieren einreißen wollen, die diesem Unterfangen entgegenstehen. Dabei war es offensichtlich die willkürliche Handhabung von Macht und Recht durch die regionalen politischen Eliten, die dem Präsidenten zu Beginn seiner Amtszeit als größtes Hindernis bei der Errichtung eines funktionsfähigen Staates und bei der Modernisierung Russlands erschien (vgl. PUTIN 2000).

Ein Überblick über seine Politik der letzten zwei Jahre lässt erkennen, dass es sich hier um ein umfassendes Konzept für die Modernisierung der russländischen Wirtschaft und Gesellschaft handelt, das sich vorwiegend an westlichen Modellen orientiert und damit eine Fortsetzung der unter Boris Jelzin begonnen Reformen darstellt. Nach Meinung der Moskauer Politologin Lilija SCHEWZOWA ist Putins Machtakkumulierung denn auch kein Selbstzweck; vielmehr hat Russlands Präsident gezeigt, dass er bereit ist, die präsidentiale Macht für die Modernisierung Russlands einzusetzen (SHEVTSOVA 2002).

Wie vor ihm Jelzin ringt auch Putin hinsichtlich der Regionalpolitik mit dem Problem, die Balance zwischen der Sicherung der inneren Stabilität und den Herausforderungen der Globalisierung zu finden. Um die Defizite

des jelzinschen Regionalismus auszugleichen, sah sich Putin bei Amtsantritt genötigt, die Entwicklungen auf subnationaler Ebene einer verstärkten Kontrolle durch das Zentrum zu unterstellen. Die Schwierigkeit bestand und besteht darin, die staatliche Kontrolle auszubauen, ohne regionale Eigeninitiative zu unterdrücken und damit auch wirtschaftliche Entwicklungen zu verhindern.

Dieses Dilemma der Regionalpolitik wird besonders am Beispiel der föderalen Bezirke deutlich. Diese können insofern als Teil von Putins Modernisierungsagenda und globalen Integrationsbestrebungen angesehen werden, als sie dazu geschaffen wurden, den Rechtsraum zu vereinheitlichen, die verschiedenen Formen interregionaler Barrieren und Handelschranken abzubauen und den freien Fluss von Kapital und Information zu gewährleisten. Gleichzeitig erhoben sich gerade unter den Gouverneuren Stimmen, die diese neue administrative Einrichtung letztlich als Hindernis für die Entfaltung regionaler Eigeninitiative und die Integration Russlands in die Strukturen der Weltwirtschaft geißeln. So betont etwa Nikolai Fedorow, Präsident der Republik Tschuwaschien, dass Putin gänzlich sowjetischen Traditionen verpflichtet sei, wenn er das bürokratische System aufblähe und mit Personen aus den Sicherheitsdiensten und dem Militär durchsetze. Andere beklagen sich über die immer öfter angewendete Praxis, dass die einzelnen Gouverneure ohne vorherige Konsultation des Präsidentenvertreters nicht in Kontakt mit den Moskauer Ministerien treten können (ALEXANDROV et al. 2002, S. 25 - 31).

Im Kern krankt das Konzept der föderalen Bezirke daran, dass es sich um eine administrativ-politische Einrichtung handelt, welche Verwaltungs- und Kontrollfunktion hat und nicht unbedingt die Kriterien marktwirtschaftlicher Effizienz erfüllt. Genau wie die Gouverneure strebten auch die Präsidentenvertreter von Anfang an danach, ihre Macht innerhalb ihres Gebiets zu konsolidieren, ihr eigenes Wirtschaftsprogramm durchzusetzen und über ihre Beziehungen zum Moskauer Zentrum, aber auch zu den Akteuren aus der Wirtschafts- und Finanzwelt, die Finanzströme zu kontrollieren. Die Problematik dieser

Institution resultiert letztlich auch daraus, dass deren Kompetenzen von Anfang an unklar formuliert waren – und auch heute noch nicht klar festgelegt sind. In einer von Unsicherheit geprägten Situation stellt sich für die Präsidentenvertreter weniger die Frage der Effizienz als vielmehr das Problem, wie sie ihre Machtbasis auf Kosten anderer Institutionen ausweiten können. Damit geraten die Präsidentenvertreter nicht nur in Konflikt mit den Gouverneuren, sondern auch mit anderen Staatsstrukturen (vor allem mit den föderalen Ministerien) (PETROV 2002).

Neue regionale Entwicklungen

In welche Richtung verläuft Russlands Regionalisierung? Das Beispiel der föderalen Bezirke hat zwar grundsätzliche Dilemmas der Regionalpolitik aufgezeigt. Gleichzeitig werden aber seit Putin die Debatten über Grundsatzfragen der Regionalisierung und der föderalen Ordnung in Russland mit neuer Intensität geführt. Während sich in der Jelzin-Zeit die Debatte mehr oder weniger auf die Frage reduzierte, ob Regionalismus „gut oder schlecht“ für Russland sei, so ist der Diskurs heute komplexer. Die Vorschläge und Initiativen zur Regionalentwicklung, welche von verschiedenen staatlichen wie nichtstaatlichen Institutionen und Organisationen vorgetragen werden, enthalten meist innovative Anstöße. Russland zeigt sich, mindestens auf Diskursebene, offen, experimentierfreudig und aufgeschlossen gegenüber Neuem.

Anders als früher wird der Diskurs heute nicht mehr ausschließlich von einem Denken in traditionellen Kategorien wie Souveränität, Sicherheit, hierarchisch organisierte Strukturen, klare administrative Grenzen und regionale Interessen bestimmt. Diese „harte“ Form des Regionalismus, wie er sich in der Jelzin-Zeit etablierte, wird mehr und mehr überlagert vom Konzept eines „weichen“ Regionalismus. Denkanstöße in diese Richtung betonen vermehrt horizontale Netzwerke und Beziehungsformen, die Autonomie und Verschiedenheit einzelner Elemente innerhalb eines regionalen Systems, die Offenheit von Grenzen, die Flexibilität und Ad-hoc-Arrangements von Akteuren oder die Deregulierung der Politik, in der sich

hierarchische Strukturen zugunsten von horizontalen auflösen (MAKARYCHEV 2002).

Diese, mehrheitlich noch immer in Akademikerzirkeln geführten, Diskurse sind für die praktische Politik natürlich nur bedingt von Bedeutung. Auf einer abstrakten Ebene sind sie aber in gewissem Sinn ein Spiegelbild für eine Reihe von Veränderungen, die sich derzeit in Russlands regionaler Landschaft beobachten lassen. Im Folgenden sollen drei Entwicklungen beleuchtet werden – die Pluralisierung der regionalen Akteurslandschaft, die Stärkung der lokalen Selbstverwaltung und das Vordringen von großen Wirtschafts- und Finanzunternehmen in die Regionen –, welche zu wichtigen und nachhaltigen Veränderungen im regionalen System Russlands führen könnten.

Pluralisierung der regionalen Akteurslandschaft

Während Putins Maßnahmen – so etwa sein Vorgehen gegen die Institution der freien Medien – einerseits einen Rückschlag für die Demokratie befürchten lassen, haben andererseits innerhalb der Regionen Entwicklungen stattgefunden, die in Richtung einer Pluralisierung der regionalen Akteurslandschaft gehen und damit die Chancen für eine Demokratisierung erhöhen könnten. Obwohl die Macht in vielen Regionen noch immer weitgehend bei den regionalen Exekutivvorstehern liegt und die quasi-autoritären Herrschaftsmuster der Jelzin-Zeit zum Teil noch heute bestehen, zeichnet sich hier doch ein Wandel ab, der das Potenzial für größere Veränderungen in der Zukunft besitzt. Die Reformen Putins haben, mit den Worten von Robert ORTUNG, „unerwartet den Handlungsfreiraum für eine Reihe von Akteuren erweitert“ (ORTUNG 2001a).

So lässt sich trotz der niedrigen Verwaltungseffizienz und des geringen öffentlichen Ansehens der föderalen Bezirke feststellen, dass die Präsidentenvertreter und die verschiedenen föderalen Organe in den Regionen gegenüber früher an Profil gewonnen haben. Während die Vertreter der Föderation in den Regionen unter Jelzin geringes politisches Gewicht hatten und oft sogar in einem direkten Abhängigkeitsverhältnis zu den regio-

nen Behörden standen, sind sie heute weit sichtbarere und vor allem unabhängigere Akteure in der regionalen politischen Landschaft. Auch konnten, laut Putin, seit der Einführung der sieben Präsidentenvertreter immerhin 80 % der Gesetze und Verfassungen der Föderationssubjekte, welche der russländischen Verfassung und föderalem Recht widersprechen, in Einklang mit diesen Texten gebracht werden.³ Obwohl der Erfolg dieser Institution auf anderen Gebieten – etwa der Errichtung einer gemeinsamen Infrastruktur – bislang ausgeblieben ist, sind die Veränderungen gegenüber früher insofern beachtlich, als sich die Präsidentenvertreter nicht mehr scheuen, Gouverneure zu kritisieren und deren Macht direkt und öffentlich (etwa über die Medien) herauszufordern.

Auch die regionalen Parlamente haben im Zuge der putinschen Reformen an Bedeutung gewonnen. Der regionalen Legislative wurden mit der neuen föderalen Gesetzgebung Rechte und Kompetenzen zugesprochen, die ihren Spielraum gegenüber der Exekutive erweitern. So kann das regionale Legislativorgan mit Zweidrittelmehrheit Einsprache gegen die Ernennung des von der Exekutive vorgeschlagenen Kandidaten für den Föderationsrat erheben und mit einem entsprechenden Veto auch den Entscheid zur Abberufung desselben blockieren.

Einfluss auf die politische Konstellation in den Regionen könnte auch ein neues Gesetz über das Wahlverfahren in den Regionen haben. Der Gesetzestext sieht unter anderem vor, dass – gleich wie in der Staatsduma – die regionalen Parlamente zur einen Hälfte nach dem Prinzip der Verhältniswahl auf der Basis von Parteilisten und zur anderen Hälfte nach dem Prinzip der Direkt- bzw. Mehrheitswahl von Kandidaten in Wahlkreisen mit je einem Mandat gewählt werden. Bislang spielten Parteien eine untergeordnete Rolle in der regionalen politischen Landschaft – nur rund 20 % der Abgeordneten sind gegenwärtig Mitglieder einer Partei. Sollte das Gesetz implementiert werden, könnte dies nicht nur der Bildung einer Parteienlandschaft in den Regionen Auftrieb geben, sondern es würde wohl auch das Gewicht der

Legislative gegenüber der Exekutive stärken (GEL'MAN 2001; LYUBAREV 2002).

Bestimmte Entscheidungen der föderalen Regierung tragen ebenfalls dazu bei, dass die Prinzipien des freien Marktes und der politischen Transparenz besser eingehalten werden. Ein eindruckliches Beispiel ist etwa die Entscheidung, die Verteilung von Kontingenten für den Export von Fischereiprodukten nicht mehr den Gouverneuren zu überlassen, sondern über öffentliche Auktionen abzuwickeln, was – nach Meinung des russländischen Ministers für Wirtschaftsentwicklung und Handel German Gref – den saubersten und transparentesten Mechanismus der Quotenverteilung darstellt. Die meisten Gouverneure in Russlands Fernem Osten versuchten (allerdings vergeblich) sich diesem Beschluss zu widersetzen, da sie wussten, dass er die paternalistischen Netzwerke, auf denen ihre Macht weitgehend beruht, beschädigt (SPIRIDONOW 2001).

Stärkung der lokalen Selbstverwaltung

Die Organe der örtlichen Selbstverwaltung haben sich etwas aus der starken Umklammerung durch die Behörden des Föderationssubjektes lösen können. Obwohl die örtliche Selbstverwaltung gemäß Verfassung ausdrücklich nicht den regionalen Behörden unterstellt ist, versuchen letztere seit jeher, die Bedingungen der Implementierung der örtlichen Selbstverwaltung nach eigenem Gutdünken zu diktieren. Dies geht heute noch soweit, dass die Leiter der örtlichen Verwaltungen in vielen Regionen von den regionalen Behörden ernannt werden und in finanziellen Belangen völlig vom regionalen Budget abhängig sind (SCHNEIDER 1998, GEL'MAN 2003). Gemäß Witali Schipow, stellvertretender Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel, verfügt derzeit mehr als die Hälfte der 11 500 Gemeinden Russlands über

³ Allerdings ist es den Repräsentanten des Präsidenten bislang nicht gelungen, diejenigen regionalen Führungen zum Einlenken zu bringen, die ihre „staatliche Souveränität“ besonders nachdrücklich betonen und Rechtsauffassungen vertreten, die von den föderalen Normen abweichen (besonders prominent figurieren hier Republiken wie Tatarstan, Sacha [Jakutien] oder Baschkortostan).

kein eigenes Budget (Strana.ru, 28. 1. 2003).

Putin hielt sich in der Frage der örtlichen Selbstverwaltung im ersten Jahr seiner Amtszeit bedeckt, sprach sich danach aber wiederholt für eine Stärkung der örtlichen Selbstverwaltung aus. So erklärte er in seiner Rede vor der parlamentarischen Versammlung zur Lage der Nation am 18. April 2002: „(O)hne richtig funktionierende lokale Selbstverwaltung ist die Errichtung von effizienten staatlichen Strukturen praktisch unmöglich. Und übrigens schlummert genau hier, auf lokaler Ebene, ein enormes Potenzial, den Staat einer gesellschaftlichen Kontrolle zu unterstellen. Es ist deshalb dieser Bereich, in dem wir unser Haus in Ordnung bringen müssen“ (PUTIN 2002). Stärken will Putin diese Institution auch mit einem neuen Gesetz zur lokalen Selbstverwaltung, das er am 4. Januar 2003 der Duma vorlegte. Obwohl aber das Gesetz ausdrücklich vorsieht, dass „(j)ede munizipale Formation über ein eigenes Budget verfügt“, geht aus dem Gesetzesentwurf nicht hervor, wie sich dieses Ziel konkret erreichen lässt.⁴

Mindestens zwei Punkte sprechen allerdings dafür, dass sich die Situation der örtlichen Selbstverwaltung gegenüber früher bereits verbessert hat: Einerseits hat sich Putin von Beginn seiner Amtszeit an klar als Verfechter der Interessen von Russlands politisch und wirtschaftlich bedeutenden Städten zu erkennen gegeben. Dies ist insofern nicht unwesentlich, als sich viele größere Städte und deren Bürgermeister schon lange gegen die Bevormundung durch die politischen Führungen der regionalen Zentren wehren (GEL'MAN 2003). Putins Positionsbezug könnte dazu führen, dass diese Konflikte im Sinne der Städte und einer Erweiterung ihrer Autonomie gelöst werden. Andererseits hat die Institution der örtlichen Selbstverwaltung auch von der allgemeinen Tendenz zur Vereinheitlichung des Rechtsraumes und zur stärkeren Betonung von Verfassungs- und Bundesrecht profitiert. Von nationaler Symbolkraft könnte etwa eine Entscheidung des russländischen Gerichtshofes vom 30. März 2001 sein, die festlegt, dass die 125 lokalen Vorsteher der Gemeinden der Stadt Moskau in Zukunft gewählt werden und nicht

mehr direkt vom Bürgermeister der Stadt, Juri Luschkow, eingesetzt werden sollen; allerdings konnte Luschkow erreichen, dass die Wahlen erst zu einem späten Zeitpunkt, im Dezember 2003, stattfinden (ORTTUNG 2001b). Unterdessen hat das Föderationszentrum auch beschlossen, dass in allen 21 ethnisch definierten Republiken Russlands, wo die Situation der lokalen Selbstverwaltung besonders schwierig ist, Lokalwahlen abgehalten werden müssen (ORTTUNG 2002b).

Das Eindringen großer Wirtschaftsunternehmen in die Regionen

Obwohl sich die „Oligarchen“ seit Putins Amtsantritt weitgehend aus dem Licht der politischen Öffentlichkeit zurückgezogen haben, ist ihr Einfluss auf Russlands Politik und Wirtschaft ungebrochen groß. Tatsächlich kontrollieren die großen Wirtschafts- und Finanzunternehmen, welche diese Geschäftsleute anführen, heute einen größeren Anteil der russländischen Wirtschaft als unter Jelzin. Im Unterschied zur Jelzin-Zeit haben sich diese national und transnational operierenden Großunternehmen verstärkt auch in den russländischen Regionen zu engagieren begonnen. Sie spielen mittlerweile in vielen Regionen eine unübersehbare Rolle bei der Organisation der politischen Kräfte und sind auch bei der Gestaltung der Zentrum-Peripherie-Beziehungen zu einem wichtigen Element geworden. Weit mehr als dies Putins institutionelle Reformen je zu bewirken vermocht hätten, hat das Engagement von Russlands Wirtschafts- und Finanzgruppen zu einer effektiven Zurückbindung der Machtfülle von Gouverneuren und Republikpräsidenten geführt (SUBAREWITSCH 2003).

Das Vordringen von Großunternehmen hat zu unterschiedlichen Formen von Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik in den einzelnen Regionen geführt (ORTTUNG 2002a): Eine wachsende Zahl von Regionen (darunter viele ressourcenreiche Territorien im Norden und in Sibirien) lässt sich zur Gruppe der „corporate regions“ zählen; das sind Gebiete, in denen ein Unternehmen die Entwicklungen der gesamten Region dominiert. Dieses Modell findet sich gegenwärtig in rund 20 Regionen, so etwa im abgelegenen, aber ressourcenreichen Auto-

nomen Bezirk der Tschuktschen, der praktisch von einem einzigen Unternehmen, Roman Abramowitschs Sibneft, dominiert wird, oder in der Stadt Moskau, in der Luschkows Unternehmen Sistema das Geschehen weitgehend kontrolliert.

Abgenommen hat dagegen die Zahl der Regionen, in denen der Staat, d. h. die regionale politische Macht, das Geschehen kontrolliert. Dies ist etwa der Fall, wenn die regionale Wirtschaft von einzelnen lokalen Unternehmen, etwa aus dem Bereich der Verteidigungsindustrie, dominiert wird. Eine solche Situation lässt sich derzeit beispielsweise für die Udmurtische Republik oder im Krai Chabarowsk feststellen. Die Dominanz des Staates ist noch immer typisch für eine Reihe von nationalen Republiken mit ausgeprägt autoritären Machtstrukturen (wie Tatarstan und Baschkortostan).

Zur nächsten großen Gruppe gehören etwa 25 bis 30 meist wirtschaftlich entwickelte Regionen, in denen sich mehrere große Unternehmen gleichzeitig engagiert haben und eine Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen Unternehmen und/oder zwischen den Unternehmen und der Politik herrscht. Ein typisches Beispiel ist die Oblast Nischni Nowgorod, in der sich eine ganze Reihe namhafter Oligarchen engagiert. Eine solch „pluralistische“ Situation lässt sich gegenwärtig auch in den Oblasti Perm, Swerdlowsk und Rostow feststellen. Je nachdem kann sich die Pluralisierung günstig auf das politische Klima auswirken, indem es etwa zu einer Balance der politischen Kräfte kommt. Es kann aber auch geschehen, dass ein Unternehmen in Verbindung mit der Politik die Situation für sich entscheiden kann. Die Entwicklungen in diesen Gebieten sind also meist noch in Bewegung.

Daneben gibt es einzelne Regionen, in denen ausländische Unternehmen eine große Rolle spielen. Besonders herausragend ist hier die fernöstliche Oblast Sachalin, wo viele der großen ausländischen Energiegigan-

⁴ Der Gesetzesentwurf „Über die allgemeinen Prinzipien der Organisation der lokalen Selbstverwaltung“ kann im Volltext auf der Internetseite der russländischen Staatsduma (<http://www.akdi.ru>) abgerufen werden.

ten engagiert sind. Zu dieser Gruppe zählen auch Regionen wie die Oblast Nowgorod, Leningrad, Samara und Moskau. Schließlich wird bislang etwa ein Drittel aller Regionen, vor allem ärmere Gebiete, vom russländischen oder ausländischen Big Business gänzlich vernachlässigt (ORTTUNG 2002a).

Das Vordringen von Großunternehmen in die Regionen kann höchst unterschiedliche Konsequenzen für die politischen Prozesse innerhalb der einzelnen Regionen haben. Wenn sich mehrere Unternehmen in einem Gebiet engagieren, kann dies zu Konkurrenz und damit zu einer gewissen Pluralisierung der Akteurslandschaft führen. Es lässt sich aber auch vielfach gerade in den „pluralistischen“ Gebieten beobachten, dass sich die neuen in der Region tätigen Unternehmer möglichst aus der Politik heraushalten und eine geregelte, institutionalisiertere Form der Beziehung zur Politik einem informellen Arrangement vorziehen. Die Unternehmen versprechen, ihre Steuern zu zahlen und eventuelle Staatsschulden zu begleichen, und nehmen dafür eine neutrale Haltung zur politischen Macht ein. Damit schwinden auch die Möglichkeiten der Einflussnahme seitens der Gouverneure.

Anders kann die Situation in den „corporate regions“ aussehen, in denjenigen Gebieten also, in denen Wirtschaftsmagnaten das politische Geschehen direkt kontrollieren, wie dies in den letzten zwei Jahren immer häufiger der Fall ist. Auffällig ist, dass sich in vielen dieser „corporate regions“ eine neue Generation von Politikern zu etablieren beginnt, die nicht nur Unternehmergeist und Managementenerfahrung mitbringt, sondern ebenso daran interessiert ist, dass die regionale Wirtschaft nach marktwirtschaftlichen Prinzipien funktioniert. Auch ist sich ein Teil dieser neuen Elite bewusst, dass internationale (westliche) Akteure eher zu Investitionen bereit sind, wenn sich auch die politischen Prozesse innerhalb einer Region durch ein Mindestmaß an politischer Transparenz auszeichnen und die demokratischen Normen und Regeln befolgt werden. Allerdings besteht in diesen Regionen auch die Gefahr, dass Macht und Wirtschaft zu einer unteilbaren Größe zusammenwachsen. Diese Gefahr besteht be-

sonders dann, wenn Großunternehmer an die Spitze regionaler Regierungen gewählt werden, wie dies mittlerweile in acht Regionen der Fall ist. Wirtschaftlicher Reichtum und politischer Status geben solchen Amtsinhabern fast unbeschränkte Ressourcen, um ihre Macht innerhalb der Region nach Belieben einzusetzen und auszudehnen.

Die stärkere Präsenz von national und transnational operierenden Großunternehmen in den Regionen beeinflusst natürlich auch das Zusammenspiel zwischen Zentrum und Region. Durch das Engagement von Großunternehmen hat sich für die regionale Politik ein Kanal geöffnet, um ihre Interessen auf nationaler Ebene zu vertreten. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Föderationsrat, der sich zu einem großen Teil aus Moskauer Offiziellen und Geschäftsleuten zusammensetzt. Diese Senatoren vertreten nicht nur die Interessen einer bestimmten Region, sondern auch die Interessen der in diesen Regionen tätigen Unternehmen. Praktisch alle größeren russischen Wirtschafts- und Finanzgruppen haben „ihre“ Abgeordneten im Föderationsrat.

Schlussbemerkungen

Die Entwicklungen, welche in diesem Beitrag beschrieben wurden – die Harmonisierung des russländischen Rechtsraumes, die Bildung der sieben Föderationsbezirke, die Stärkung der lokalen Selbstverwaltung oder das Vordringen nationaler Großunternehmen in die Regionen – lassen sich als Entwicklungen deuten, die im Einklang mit Russlands Modernisierungsbestrebungen stehen; auch entsprechen sie dem Streben Russlands nach Integration in globale Strukturen und Zusammenhänge. Allerdings ist Russlands erfolgreiche Teilnahme an der Globalisierung ebenso abhängig von der Stärkung der demokratischen Institutionen und einer erhöhten Transparenz der politischen Prozesse. Die Fortsetzung der Demokratisierung ist aber nur gewährleistet, wenn sie auch von Russlands politischer Führung aktiv unterstützt wird.

Um Korruption, Amtsmissbrauch oder die Machtmonopolisierung innerhalb der Regionen zu bekämpfen, braucht es nicht noch mehr Gesetze,

Regeln und eine weitere Aufblähung der Bürokratie; nötig ist vielmehr die Konsolidierung der bestehenden demokratischen Institutionen. Bislang hat Russlands Führung den Schwerpunkt einseitig auf die Zentralisierung und die Stärkung der staatlichen Kontrolle gelegt. Soll Russlands großes Modernisierungsprojekt gelingen, ist es jedoch notwendig, dass auch die Gesellschaft auf breiter Front in die Reformprozesse einbezogen und der Demokratisierungsprozess fortgesetzt wird. Ansonsten profitieren letztlich nur die Bürokratie oder Russlands mächtige Wirtschaftsmagnaten von den Reformen, und dies kann dazu führen, dass Stagnation und ein korruptes politisches System bestehen bleiben. Die Stärkung der regionalen Parlamente, die Schaffung eines Justizsystems, das nicht von politischen Partikularinteressen abhängt, die Finanzierung der Strukturen der lokalen Selbstverwaltung, die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, die Belebung einer Parteienlandschaft in den Regionen oder auch die Sicherstellung der Medienfreiheit (die nicht nur auf nationaler Ebene, sondern ebenso in einzelnen Regionen stark bedroht ist) wären die richtigen Maßnahmen, um die exzessive Machtkonzentration der regionalen Exekutivvorsteher einzudämmen und die damit verbundenen negativen Effekte des russländischen Regionalismus zu bekämpfen.

Literatur

- ALEXANDROV, O. u. A. MAKARYCHEV (2002): On the Way to Globalization: Administrative and Networking Strategies of Russia's Regions. Centre for Security Studies and Conflict Research, Regionalization of Russian Foreign and Security Policy Project, Working Paper 19. Zürich.
- BUSYGINA, I. M. (2001): Neue Strukturen des Föderalismus in Russland: Zu den administrativen Reformen von Präsident Putin. In: Osteuropa 51/10, S. 1131 - 1145.
- BLOTEVOGEL, H. H. (1996): Auf dem Weg zu einer Theorie der Regionalität: Die Region als Forschungsobjekt der Geographie. In: BRUNN, G. (Hrsg.): Region und Regionsbildung in Europa: Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde: wissenschaftliche Konferenz, Siegen, 10. - 11. Oktober 1995. Baden-Baden, S. 44 - 68.

- Zentr Strategischeskich Issledowani Priwolschkowo federalnowo okruga (Hrsg.) (2001): Na poroge novoi regionalisazii Rossii (An der Schwelle einer neuen Regionalisierung Russlands). Nischni Nowgorod. <<http://www.okrug.metod.ru>>.
- World Development Report, 1999/2000: Entering the 21st Century (2000). New York (published for the World Bank).
- GEL'MAN, V. (2003): In Search of Local Autonomy: The Politics of Big Cities in Russia's Transition. In: International Journal of Urban and Regional Research 27/1, S. 48 - 61.
- GEL'MAN, V. (2002): The Rise and Fall of Federal Reform in Russia. PONARS Policy Memo 238. Washington, DC. <<http://www.csis.org/ruseura/ponars>>.
- GEL'MAN, V. (2001): The Future of Regional Electoral Reform. In: Russian Regional Report, 6/33. <<http://www.isn.ethz.ch/researchpub/publihouse/rrr/>>.
- GEL'MAN, V., S. RYSCHENKOW u. M. BRI (Hrsg.) (2000): Rossija regionow: transformazija polititscheskich reshimow (Das Russland der Regionen: Die Transformation politischer Regime). Moskau.
- GOEHRKE, C. (1978): Zum Problem des Regionalismus in der russischen Geschichte: Vorüberlegungen für eine künftige Untersuchung. In: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte 25, S. 75 - 107.
- HEINEMANN-GRÜDER, A. (2000a): Der heterogene Staat. Föderalismus und nationale Vielfalt in Russland. Berlin.
- HEINEMANN-GRÜDER, A. (2000b): Putins Reform der föderalen Strukturen. Vom Nachwächterstaat zum Etatismus. In: Osteuropa 50/11, S. 979 - 990.
- KIRKOW, P. (1998): Russia's Provinces: Authoritarian Transformation versus Local Autonomy? New York.
- KORDONSKII, S. (1995): The Structure of Economic Space in Post-Perestroika-Society and the Transformation of the Administrative Market. In: SEGBERS, K. u. S. DESPIEGELEIRE (Hrsg.): Post-Soviet Puzzles: Mapping the Political Economy of the Former Soviet Union, Vol. 1. Baden-Baden, S. 5 - 47.
- LAPINA, N. (1997a): Die Formierung der neuen russländischen Elite: Probleme der Übergangsperiode. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 7. Köln.
- LAPINA, N. (1997b): Regionalnyje elity Rossii (Die regionalen Eliten Russlands). INION RAN. Moskau.
- LUCHTERHANDT, O. (2000): „Starker Staat“ Russland: Putins ehrgeiziges Programm. In: Internationale Politik 55/5, S. 7 - 14.
- LYUBAREV, A. (2002): Regional Elections: State Duma Makes Progress on Election Law. In: Russian Regional Report 7/16. <<http://www.isn.ethz.ch/researchpub/publihouse/rrr/>>.
- MAKARYCHEV, A. S. (2002): Ideas, Images and Their Producers: The Case of Region-Making in Russia's North West Federal District. Copenhagen Peace Research Institute. Working Paper 24. Copenhagen.
- MAKFOL, M. u. N. PETROW (Hrsg.) (1998): Polititscheski Almanach Rossii 1997 (Politischer Almanach Russlands), Vol. 1. Moskau.
- MÜLLER, D. (1997): Regionalisierung des post-sowjetischen Raumes. Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin 6. Berlin.
- NAISHUL', V. (1991): The Supreme and Last Stage of Socialism: An Essay. Centre for Research into Communist Economies. London.
- OHMAE, K. (1995): The End of the Nation State: The Rise of Regional Economies. London.
- ORTTUNG, R. (2002a): Business and Politics in the Russian Regions. Paper presented at the November 2002 AAASS Annual Conference in Pittsburgh, PA.
- ORTTUNG, R. (2002b): Putin Faces Difficult Task in Reforming Local Government. In: Russian Regional Report 6/8. <<http://www.isn.ethz.ch/researchpub/publihouse/rrr/>>.
- ORTTUNG, R. (2001a): Putin's Main Accomplishment is Centralization. In: Russian Regional Report 6/45. <<http://www.isn.ethz.ch/researchpub/publihouse/rrr/>>.
- ORTTUNG, R. (2001b): Luzhkov in Putin's Russia: Cutting the Mayor Down to Size. In: Russian Regional Report 6/19. <<http://www.isn.ethz.ch/researchpub/publihouse/rrr/>>.
- Osnownyje poloshenija regionalnoi politiki w Rossiskoi Federazii (Grundlagen der Regionalpolitik der Russländischen Föderation). In: Rossiskaja gaseta, 11. 6. 1996.
- PEROVIC, J. (2001): Die Regionen Russlands als politische Kraft: Chancen und Gefahren des Regionalismus für Russland. Bern.
- PETROV, N. (2002): Seven Faces of Putin's Russia: Federal Districts as the New Level of State-Territorial Composition. In: Security Dialogue 33/1, S. 73 - 91.
- PETROV, N. (2000): Broken Pendulum: Recentralization under Putin. PONARS Policy Memo 159. Center for Political-Geographic Research (Moscow) and Macalester College. <<http://www.csis.org/ruseura/ponars>>.
- PUTIN, V. (2002): Rede vor der parlamentarischen Versammlung am 18. April 2002. <<http://www.president.kremlin.ru/events/510.html>>.
- PUTIN, V. (2000): Rede vor der parlamentarischen Versammlung am 8. Juli 2000. <<http://www.president.kremlin.ru/events/42.html>>.
- ROSECRANCE, R. (1999): The Rise of the Virtual State: Wealth and Power in the Coming Century. New York.
- SCHNEIDER, E. (1998): Die örtliche Selbstverwaltung in der Russländischen Föderation. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 15. Köln.
- SEGBERS, K. (2001): Introduction. In: SEGBERS, K. (Hrsg.): Explaining Post-Soviet Patchworks, Vol. 1. Aldershot, Hants, England; Burlington, VT, S. 1 - 18.
- SHEVTSOVA, L. (2002): Between Stabilization and a Breakthrough: Interim Results of Vladimir Putin's Presidency. Moscow Carnegie Centre Briefing Papers 4/1. <<http://www.carnegie.ru>>.
- SPIRIDONOV, V. (2001): Poslednije dary morja (Die letzten Geschenke des Meeres). In: Itogi, 13. 3. 2001, S. 32 - 37.
- STONER-WEISS, K. (1997): Local Heroes: The Political Economy of Russian Regional Governance. Princeton, NJ.
- SUBAREWITSCH, N. (2003): Izmenenija roli i strategii krupnowo bisnesa w regionach Rossii (Veränderungen von Rolle und Strategie von Grossunternehmen in den Regionen Russlands). In: LAPINA, N. Ju. (Hrsg.): Regionalnyje procesi w sowremennoi Rossii (Regionale Prozesse im heutigen Russland). INION RAN. Moskau, S. 72 - 88.

Dr. JERONIM PEROVIĆ
Davis Center for Russian and Eurasian Studies
Harvard University
625 Massachusetts Avenue
Cambridge, MA 02139